

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/79

Bonn, den 25. April 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Begleitmusik</u> Zur Deutschlanddebatte im Bundestag	50
2	<u>DM - eine gute Urlaubswährung</u> Schillers Wirtschaftspolitik machte es möglich	49
3 - 4	<u>Regieanweisung für eine bayerische Tragikomödie</u> Beharrungsvermögen erstickt Verwaltungsreform Von Dr. Reinhold Kaub, MdL, Bayern	68
5 - 6	<u>Die Toten von Avola und Battipaglia</u> Hintergrund der Ereignisse ist das italienische Nord-Süd-Problem Von Helga Koppel, Rom	75

Begleitmusik

Zur Deutschlanddebatte im Bundestag

sp - Schon v o r Beginn der Bundestagsdebatte über die Deutschlandpolitik hat Kurt B a c h m a n n, der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), in einer Erklärung jeden Versuch der im Bundestag vertretenen Parteien zurückgewiesen, zwischen der DDR und der Bundesrepublik zu einem geregelten Neben- oder Miteinander zu gelangen. Daß Bachmann die Vorstellungen der Bundesregierung und der Regierungsparteien zur Deutschlandpolitik ablehnt, ist selbstverständlich. Er sagt aber auch, daß die FDP-Führung, "obwohl sie im Bundestag als 'Opposition' auftritt, keine wirkliche Alternative zum politischen Konzept der Großen Koalition gegenüber der DDR aufzuweisen" habe. Wörtlich:

- * "Sie (die FDP) tut zwar so, als ob sie weitergehende Vorschläge
- * als die Regierungsparteien vorlege. Aber in Wirklichkeit umgeht
- * sie genau wie diese die entscheidende Kernfrage, nämlich die
- * Bereitschaft zum Abschluß völkerrechtlich verbindlicher Abkommen
- * mit der DDR. Damit bleibt auch sie im Rahmen der Anti-DDR-Kon-
- * zeption der herrschenden Kreise stecken."

Die von allen Parteien des Bundestages seit jeher zu Recht getroffene Feststellung, man könne die DDR nicht als Ausland anerkennen, nennt Bachmann eine "demagogische Aufbauschung". Mit souveräner Ignoranz meint Bachmann, es gehe gar nicht um die Anerkennung der DDR als Ausland, sondern um die Anerkennung der DDR als gleichberechtigter Staat deutscher Nation.

Das ist ein Spiel mit Worten, das besonders der FDP zu denken geben soll. Wenn es zwei souveräne deutsche Staaten geben würde, hieß das die völkerrechtliche und mit dem Willen der Deutschen ausgesprochene Anerkennung der Teilung Deutschlands. Da nutzt es auch nichts, wenn Bachmann sagt, niemand in der DDR habe verlangt, daß sich beide deutschen Staaten als Ausland betrachten.

Unter diesen Umständen bleibt nichts anderes übrig, als das beharrliche und zähe Bemühen um die schrittweise Verbesserung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Herbert W e h n e r, hat erklärt, daß die Bundesrepublik ihre Politik auf dem Begriff Verständigung aufbaut. Die andere Seite dagegen - also die DDR - will v o r Verhandlungen über die Verständigung alles mögliche anerkannt haben; unter anderem auch das von ihr entwickelte Modell der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten, deren Grenzen trotz unseres Gewaltverzichts militärisch von der DDR viel hermetischer abgeschlossen wird, als die Grenzen irgendeines anderen europäischen Staates.

Das Problem der Überwindung der Spaltung Deutschlands ist und bleibt eingebettet in die Problematik der allgemeinen Ost-West-Beziehungen. Deshalb ist es logisch, wenn Wehner noch einmal sagte, daß es Ziel jeder Deutschlandpolitik sein müsse, eine friedensvertragliche Regelung für g a n z Deutschland anzustreben. So anerkennenswert der Wille der FDP sein mag, sich als Oppositionspartei im Bundestag gegenüber den Regierungsparteien und der Bundesregierung abzugrenzen, um auf diese Weise vielleicht der Deutschlandpolitik neue Impulse geben zu können, so bemerkenswert bleibt es aber, daß die FDP mit ihren Vorstellungen sogar bei jenen auf Widerstand stößt, mit denen sie reden müßte, wollte sie ihre Politik in die Tat umsetzen.

DM - eine gute Urlaubswährung

Schillers Wirtschaftspolitik machte es möglich

sp - Die Tatsache, daß es vor allem der Wirtschaftspolitik vom Bundeswirtschaftsminister Professor Schiller (SPD) gelungen ist, die DM stabil zu halten, den Freisanstieg zu stoppen und daneben die Arbeitslosigkeit wieder zu beseitigen, hat für die Bewohner der Bundesrepublik jetzt, da die Reisesaison bevorsteht, ganz erhebliche Bedeutung. Die Position des deutschen Arbeitnehmers wird es ihm in diesem Sommer zweifellos möglich machen, noch stärker als zuvor ausländische Urlaubsziele aufzusuchen.

Das hat natürlich seinen völkerverbindenden Wert. Man lernt sich gegenseitig kennen und verstehen, wobei zu wünschen wäre, daß die deutschen Touristen vorher ein wenig die Sprache des Gastlandes lernen und sich dort auch mit den Bewohnern intensiv unterhalten und nicht nur in eigenen Ferienkolonien abkapseln. Der bevorstehende Touristenstrom hat auch die weitere Bedeutung, die fühlbare Ungleichheit im Handel mit manchen Staaten zum Ausgleich zu bringen. Länder, die von uns mehr Erzeugnisse abnehmen als an uns liefern, können ihre Handelsbilanz über die Ausgaben deutscher Touristen in ihrem Land ausgleichen.

Schon im letzten Jahr gaben Reisende der Bundesrepublik während des Urlaubs im Ausland zwischen 6,5 und 8 Milliarden DM aus. Demgegenüber erzielte die deutsche Fremdenverkehrsindustrie von ausländischen Touristen nur eine Einnahme aus ausländischen Währungen in Höhe von rund 3,7 Milliarden DM. Aber das alles ist für den deutschen Touristen nicht erstrangig. Ihm geht es darum, mit der harten DM in der Hand im Ausland einen preisgünstigen Urlaub zu verleben. Da zeigt sich, daß die deutsche Wirtschaftspolitik dazu beigetragen hat, aus der DM auch eine gute Urlaubswährung zu machen.

Die Statistiker gehen bei der Analyse von den Ausgaben aus, die ein mittlerer Arbeitnehmer-Haushalt (so wie im Inland) auch bei den Ferien im Ausland benötigt. In sieben von 16 bevorzugten Reiseländern der Bundesdeutschen ist der Urlaub ungewöhnlich billig. Das bedeutet aber nicht, daß er in den anderen Ländern für die DM-Besitzer ungewöhnlich teuer ist. Legt man den realen Wert der Preise dort, die man mit der DM im Urlaub speziell bezahlt, zugrunde, reduzieren sich hier auch die Urlaubsausgaben der Westdeutschen.

Das beste Beispiel bilden dafür die jetzt besonders für sichwerbenden Vereinigten Staaten. An sich - gemessen am Warenkorb der vierköpfigen deutschen Familie - müßte ein Urlaub in den USA um 34 Prozent teurer werden. Wegen der günstigen, vom Urlauber in den Staaten in Anspruch genommenen Preise wird der Urlaub aber tatsächlich dort nur um gut acht Prozent teurer. Das andere Beispiel ist Österreich. Hier beträgt der Preisvorteil, wieder bezogen auf den Warenkorb, bereits rund 10,5 Prozent. Bezieht man es aber auf die tatsächlichen Ausgaben, so wird dieser Vorteil fast auf 20 Prozent anwachsen.

Die weiteren Daten, allein gemessen am Warenkorb, lauten: Ersparnis in Jugoslawien, gemessen am offiziellen Währungskurs 40 Prozent, Spanien 9, England 8, Holland 7, Griechenland 3 und Dänemark ein Prozent. Zu teuren Urlaubsländern zählen Italien mit 19, Schweden mit 18 und Finnland mit 14, Norwegen mit 10, Frankreich mit neun, Belgien mit fünf und Portugal mit vier Prozent.

Regieanweisung für eine bayerische Tragikomödie

Beharrungsvermögen erstickt Verwaltungsreform

Von Dr. Reinhold Kaub, MdL, Bayern

Die Bayerische Staatsregierung hat Ende 1968 mit viel Reklameaufwand eine kleine Studie über "Verwaltungsreform in Bayern" vorgelegt. In dieser Schrift werden durchaus billigenwerte Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung gemacht. Man möge aber nicht glauben, durch die Auflösung von einzelnen Ausgleichsämtern oder durch eine Vereinfachung des Verfahrens in Bausachen würde schon Wesentliches erreicht. Viel wichtiger wäre es, einmal gründlich die Arbeitsmethoden in der öffentlichen Verwaltung unter die Lupe zu nehmen. Das Verwaltungsverfahren entspricht weitgehend nicht mehr den Erfordernissen der technisierten Welt. Hier ließe sich durch Mut zur Reform ohne Kostenaufwand Entscheidendes zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Staatsbürger und Verwaltung erreichen.

Eine wahre Fundgrube für die zopfigen Vorstellungen mancher Ministerieler ist die "Allgemeine Dienstordnung für die Staatsbehörden" (ADOST) aus dem Jahre 1953, in der sich nach Auffassung des inzwischen verstorbenen Ministerialdirektors Dr. Theobald das "Beharrungsvermögen einer guten alten Verwaltungstradition" zeigt. Streckenweise liest sich diese Dienstordnung, die für alle Dienststellen des Freistaates Bayern verpflichtend ist, wie die Regieanweisung für eine Tragikomödie.

Entlarvend ist, daß sich die allerersten Bestimmungen dieses richtungsweisenden Werkes zunächst einmal mit so wesentlichen Fragen wie den Amtsschildern an den Dienstgebäuden und der Reinigung und Beheizung der Diensträume befassen. Was würde wohl in unseren Behörden passieren, wenn in § 6 nicht angeordnet würde, daß alle Diensträume regelmäßig zu reinigen sind? Sicherlich würden unsere Beamten im Schmutz umkommen. Und ohne die Bestimmung des § 7, nach der die Diensträume gleichzeitig und ausreichend, aber sparsam zu beheizen sind, wären Verwaltungspersonal und Behördenbesucher bestimmt längst erfroren. In diesen Anordnungen wird die väterliche Fürsorgepflicht

des Freistaates Bayern deutlich.

Zu großer Ratlosigkeit können dagegen die Beflaggungsrichtlinien führen. Ganz unmißverständlich wird zunächst geregelt, wann die Dienstgebäude beflaggt werden müssen. Aber wie? § 8 Absatz 3 sagt es schlicht und einfach: "Hierbei werden - vom Beschauer aus gesehen - die Landesfarben rechts und die Bundesfarben links (d.h. heraldisch die Landesfarben links und die Bundesfarben rechts) gesetzt." Es bleibt natürlich die Frage, wo der "Beschauer" steht. Aber ein unermüdlicher und unverzagter Beamter wird dann auch die Erläuterung im Staatsanzeiger Nr. 39 aus dem Jahre 1949 finden: Vom Beschauer aus gesehen, bedeutet das gleiche, wie vom jeweiligen Gebäude aus betrachtet! - Möge niemand mehr sagen, Dienstabweisungen seien nicht klar genug.

Für einen modernen Verwaltungsstil zeugt dagegen § 52 Abs. 2 der ADOST: Dienstliche Schreiben sind in einwandfreier, einfacher Sprache abzufassen. Welche Vorstellungen die Verfasser der ADOST mit einfacher Sprache verbinden, zeigen sie beispielhaft in § 5. Nach dieser Bestimmung ist vor der Anschaffung neuer und vor der Erneuerung alter Amtsschilder "mit dem zuständigen Landbauamt ins Benehmen zu treten". Wer wundert sich da noch über die vielen Fehltritte im Amtsdeutsch? Nach solch harmlosen Späßen wird die ADOST in § 45 aber ernst und hoheitlich: "Über- und gleichgeordnete Behörden 'teilen mit', 'geben zur Kenntnis', 'unterrichten', nachgeordnete Behörden 'berichten', 'zeigen an', 'tragen vor'. Über- und gleichgeordnete Behörden werden 'gebeten', nachgeordnete Behörden in der Regel 'ersucht', 'beauftragt' oder 'angewiesen'."

Wer nach dem Grund für solchen Schabernack fragt, wird durch den Kommentar Theobald aufgeklärt: "Durch das Bitten, Ersuchen, Anweisen wird sich die Behörde über ihre Stellung innerhalb des Staatsaufbaus klar". Da Theobald bei Abfassung seines Kommentars im Jahre 1964 offensichtlich schon die Forderungen nach stärkerer Demokratisierung vorausahnte, schrieb er beschwichtigend: "Durch das Ersuchen gibt die Behörde zu erkennen, daß sie dem Staatsbürger in Ausübung hoheitlicher Gewalt gegenübertritt. Man kann hier nicht von undemokratischen Formen sprechen. Jemand, der nur 'gebeten' wird, vor einer Behörde zu erscheinen, wird sich über diese Aufforderung leichter hinwegsetzen, als wenn er 'ersucht' wird."

Wer wollte da noch seine Ansicht bestreiten, daß sich in den Grundzügen die Verwaltungstechnik der bayerischen Behörden "durch die ganze Zeit hindurch einen konservativen Zug erhalten" hat!

Die Toten von Avola und Battipaglia

Hintergrund der Ereignisse ist das italienische Nord-Süd-Problem

Von Helga Koppel, Rom

Zwei Ortsnamen des italienischen Südens sind in den letzten Monaten durch die Weltpresse gegangen: A v o l a und B a t t i p a g l i a. In beiden Städtchen gab es je zwei Tote, weil die Polizei in Avola in eine Landarbeiterdemonstration und in Battipaglia in eine Demonstration für die Erhaltung von Arbeitsplätzen hineinschoß. Der Hintergrund dieser grellen Ereignisse ist düster, es ist das jahrhunderte alte Nord-Süd-Problem Italiens.

Drei Millionen Auswanderer in den letzten 20 Jahren

Der klimatisch begünstigte Süden des Landes war für alle Eroberer der Halbinsel seit jeher ein begehrtes Kolonial-Objekt. Man nützte seine reichen Quellen rücksichtslos aus, nahm, was zu nehmen war, und überließ die Bevölkerung der Unwissenheit und dem Elend. Auch das geeinte Italien hat nach seiner Gründung im Jahre 1861 diese Kolonialpolitik fortgesetzt und sich dem Verhalten der letzten Fremdherrscher, der Bourbonen, angeschlossen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat das Entstehen des italienischen Wirtschaftswunders den vorhandenen Gegensatz zwischen dem industriellen Norden und dem unterentwickelten Süden nicht vermindert, ja, das "Wirtschaftswunder" basiert u.a. auf dem Vorhandensein einer großen Menge von Arbeitslosen, d.h. im Bedarfsfall von billigen Arbeitskräften.

In den letzten 15 - 20 Jahren sind im Süden zwar 100.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden, aber drei Millionen Süditaliener mußten emigrieren, weil sie keine Arbeit fanden. Ein Drittel des Landes ist noch ohne Wasser, das Einkommen eines Menschen im Süden beträgt wenig mehr als ein Drittel seines Landsmannes im Industriedreieck zwischen Genua, Turin und Mailand. Nur 30 Prozent aller im Süden Lebenden hat Arbeit, und im laufenden Jahr rechnet man erneut mit 100.000 Emigranten.

Versäumnisse christdemokratischer Regierungen

Natürlich hat es in den letzten Jahren Bemühungen gegeben, dieser bedrohlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Da aber die seit 20 Jahren von den Christdemokraten geführte Regierung erst sehr spät das Problem erkannte, ist es zum Beispiel für ein privates Großunternehmen des Nordens schwer einzusehen, weshalb es mit mehr Investitionen, die im Süden notwendig wären, auf längere Zeit weniger verdienen soll, wenn die Rechnung im Norden doch so viel einfacher aufgeht. Es sei denn, daß sich der Staat am Risiko beteiligt, jener Staat, dessen Aufgabe es ist, die Wirtschaft des Landes zu "equilibrieren". Bevor etwa FIAT bereit ist, ein neues Werk im Süden zu errichten, muß die "Kasse für den Süden" - eine Art staatlicher Entwicklungshilfe, deren Aufgabe es ist, eine vernünftige Infrastruktur zu schaffen - das Terrain für den Betrieb, die Legung von Elektrizitäts- und Gasleitungen und Zufahrtsstraßen bezahlen;

alles vernünftige Investitionen, die nur leider oft in bereits entvölkerten Gebieten vorgenommen werden:

Anachronismus und Korruption

Ein anachronistisches, aber für den Süden leider sehr typisches Bild sind Straßen durch Einöden, die außer von den Transportmitteln isolierter Betriebe nur von Bauern auf Maultieren und Touristen benutzt werden. Investitionen der Industrie in diesen Gegenden dienen in erster Linie der Expansion der Betriebe. Die Tatsache, daß dabei auch einige Arbeitskräfte absorbiert werden - die zudem bisher auch noch wesentlich billiger als im Norden waren - konnte bisher weder den zunehmenden Strom süditalienischer Arbeitssuchender nach dem Norden und ins Ausland verhindern, geschweige denn den Lebensstandard der Bevölkerung wesentlich heben.

Daß derlei Umstände die Korruption auf allen Gebieten fördert, liegt auf der Hand. Auch in der Landwirtschaft, die dringend struktureller Erneuerung bedarf. Abgesehen davon, daß eine neue Landreform nötig wäre, die den Boden gerecht verteilt an diejenigen, die ihn bebauen, könnten und müßten andere Produkte angebaut und auf andere Weise verarbeitet werden.

Trotzdem - hoffnungsvoller Neubeginn

Das düstere Bild, das hier geschildert wurde, erhebt sich etwas durch einen großen Sieg, den die Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschaften und andere demokratische Institutionen nach jahrelangem und hartem Kampf errungen haben: die schrittweise Aufhebung der zonenbedingten Lohn-Ungleichheit, d.h. daß in absehbarer Zeit ein Arbeiter im Süden für die gleiche Arbeit genauso bezahlt wird wie sein Kollege im Norden.

Als positivstes Zeichen aber darf man wohl werten, daß gerade in den letzten Jahren auch unter der unwissenden und durch das dauernde Elend bis zu einem gewissen Grad demoralisierten Bevölkerung des Süden der Wille erwacht ist, ihr Los zu ändern. Nicht nur mehr durch erbitterte Zorn- und Verzweiflungsausbrüche, sondern im fortschreitenden Maße durch einen gezielten politischen Kampf, der nicht nur ihr selbst, sondern der Demokratisierung des ganzen Landes dient.